Elke März-Granda
Dr. Stefan Müller-Kroehling

An den
Stadtrat Landshut
Rathaus
84028 Landshut

Ökologisch-Demokratische Partei

Landshut, den 28.01.2025

Antrag zur kommunalen Verpackungssteuer

1. Die Stadt Landshut prüft die Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen und Einweggeschirr.
2. Bei Bedarf bietet die Stadt eine Informationsveranstaltung für die Gastro-Betriebe vor der Einführung der Steuer an und stellt digitales Info-Material zur Verfügung.

Begründung

Allein in Deutschland werden jährlich 5,8 Milliarden Einweg-Getränkebecher, 4,5 Milliarden Einweg-Essensverpackungen und 2,9 Milliarden Einweg-Besteckteile verbraucht. Die Folge: Es werden Unmengen an Ressourcen verschwendet, die Klimakrise spitzt sich zu und der öffentliche Raum wird zur Müllhalde. Nach Berechnungen der DUH können bundesweit durch vielfache von Mehrwegbechern, -essensboxen und -geschirr im Vergleich zu Einweg jährlich fast 500.000 Tonnen des Klimagases CO_2 eingespart werden. Städte und Gemeinden in Deutschland zahlen jährlich rund 700 Millionen Euro, um Parks und Straßen von Zigarettenkippen, To-Go-Bechern und anderen Einwegplastik-Produkten zu reinigen sowie öffentliche Abfallbehälter zu leeren und die Abfälle zu entsorgen.
Ein Großteil des innerstädtischen Mülls entsteht dort, wo Speisen und Getränke zum Sofortverzehr angeboten werden. Pro Einwohner und Jahr entsorgen die kommunalen Stadtreiniger in Deutschland knapp 140 Liter Straßenmüll. Das ist die Menge, die in Straßenpapierkörben, auf der Straße oder im Gebüsch landet. Ein Großteil dieser Abfälle sind mit mehr als 40 Prozent Produkte aus Einwegplastik und Verpackungen. Getränkebecher und andere Verpackungen wie Einweggeschirr und -besteck aus Imbissen oder Fast-Food-Restaurants werden nur kurzzeitig verwendet, im Schnitt 10 Minuten. Der Trend zum to-go-Essen und Trinken stellt ein zunehmendes gesellschaftliches Problem dar. Die Verschmutzung in deutschen Städten und Gemeinden durch den achtlosen Umgang mit Abfall (Littering) hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen.

Auch in Landshut steigt die Vermüllung auf Straßen, Plätzen und in Grünanlagen weiter an. Die Entsorgung von Einwegplastikartikel bindet Personal und treibt die Kosten für die Straßenreinigung in die Höhe, die wiederum auf die Allgemeinheit umgelegt werden. Die Stadt Landshut sammelt im Jahr circa 360 Tonnen Müll aus 930 öffentlichen Abfallbehältern und circa 30 Tonnen Müll von öffentlichen Grünflächen ein. Die maschinelle Straßenreinigung durch Kehrmaschinen ist hier noch nicht eingerechnet.

Bundesweit eingeführte Maßnahmen wie das Verbot einzelner Einweg-Produkte sowie die seit Januar 2023 geltende Mehrwegangebotspflicht für die Gastronomie oder auch das RECUP/REBOWL-Pfandsystem haben bisher nicht zu spürbar weniger Einwegmüll geführt. Um Mehrweg wirklich voranzubringen, braucht es zusätzliche finanzielle Anreize, wie die kommunale Verpackungssteuer. Sie soll Anreiz sein, den Müll künftig zu reduzieren und Mehrweg-Alternativen zu fördern.

Seit knapp drei Jahren gibt es die Verpackungssteuer schon in Tübingen. Das Bundesverfassungsgericht hat eine Klage von McDonald's gegen die Verpackungssteuer in Tübingen zurückgewiesen. Mit dem jetzigen Urteil vom 22.01.2025 haben die Kommunen endgültige Rechtssicherheit und können eigene kommunale Steuern auf Einweg-to-go-Verpackungen erheben.

In Tübingen können Kunden beim Einkauf entweder die Einwegverpackung wählen und dafür die Steuer in Höhe von 50 Cent für einen Kaffeebecher oder Einweggeschirr bezahlen oder einen Mehrwegbecher bzw. -box nehmen. Für die Stadt lohnt sich das. Knapp eine Million Euro hat Tübingen im Jahr 2022 dadurch eingenommen. Andere Städte wie Konstanz ziehen nach. Die Sondersteuer hat sich in der Stadt etabliert, die anfänglichen Beschwerden treten nicht mehr auf.

Mit freundlichen Grüßen

Elke März-Granda

Dr. Stefan Müller-Kroehling